

ORIGINAL

Der AOK-Newsletter für Betriebs- und Personalräte

12/10/2018

AOK
Die Gesundheitskasse.

DIE GUTE NACHRICHT

Mit der Frage, wie Ressourcen und Möglichkeiten für alle Menschen in Deutschland gerecht verteilt werden können, beschäftigt sich die Kommission „Gleichwertige Lebensverhältnisse“. Das von der Bundesregierung einberufene Gremium soll bis 2020 Vorschläge machen, wie finanzschwachen Kommunen und strukturschwachen Regionen besser geholfen werden kann. Vertreten sind in der Kommission alle Bundesministerien, die Länder sowie kommunale Spitzenverbände. Es gibt sechs Arbeitsgruppen, die sich unter anderem mit Altschulden, Wirtschaft, Raumordnung und Teilhabe beschäftigen.

[> Mehr Infos.](#)

INHALT

[> Seite 3](#)

Erwerbstätigkeit

Die Zahl älterer Beschäftigter hat in nahezu allen EU-Staaten zugenommen.

[> Seite 4](#)

Gesundheitskompetenz

Auf neuen Themenseiten informiert die AOK umfassend über Diabetes, Demenz und Pflege.

Schub für die Arbeitsmigration

Sechs Monate Zeit für die Jobsuche, sicherer Status für „geduldete“ Menschen: Die Große Koalition hat sich auf Eckpunkte eines Fachkräfte-Einwanderungsgesetzes verständigt.

[> Interview.](#)

Schub für die Arbeitsmigration

Das Eckpunktepapier der Großen Koalition für ein Fachkräfte-Einwanderungsgesetz sieht Veränderungen für abgelehnte Asylbewerber vor, deren Abschiebung ausgesetzt ist, die in Deutschland also nur „geduldet“ sind. Ferner geplant sind Neuregelungen für qualifizierte Fachkräfte, die einwandern wollen.

Details sollen in den nächsten Monaten zwischen den für das Gesetzesvorhaben federführenden Bundesministerien für Arbeit, Wirtschaft und Inneres geklärt werden. Die gemeinsame Maxime lautet dabei: Inländische Kapazitäten sollen vorrangig genutzt werden. Dazu soll unter anderem mehr für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie getan werden. Weil das aber nicht ausreicht, brauche Deutschland „qualifizierte und ausgebildete Fachkräfte aus Drittstaaten“.

Das ist geplant

Ziel von Union und SPD ist es, in Deutschland geduldeten Menschen mit einer Arbeit einen „verlässlichen Status“ zu verschaffen, sodass sie arbeiten können, „ohne Abschiebung befürchten zu müssen“. Die Beschränkung auf bestimmte Berufe mit Arbeitskräftemangel soll wegfallen – ebenso der Vorrang für einheimische Arbeitssuchende. Geduldete Menschen durften seit 2015 bereits in Deutschland arbeiten, mussten aber stets damit rechnen, ins Herkunftsland zurückgeschickt oder abgeschoben zu werden. Die Arbeitserlaubnis war abhängig von Faktoren wie Qualifikation, Gehalt oder Aufenthaltsdauer.

Anerkannt qualifizierte Fachkräfte sollen in Zukunft auch ohne konkretes Jobangebot nach Deutschland kommen dürfen und sechs Monate Zeit haben, eine Anstellung zu finden. Voraussetzung: Deutschkenntnisse und die Möglichkeit, den Lebensunterhalt zu sichern – selbst, durch einen Bürgen oder vertragliche Vereinbarungen. Eine ähnliche Regelung gilt in Deutschland bereits seit August 2012, aber nur für Akademikerinnen und Akademiker aus Drittstaaten. Sie können mithilfe der „Blauen Karte“ der Europäischen Union einen Job annehmen.

Verstärkte Sprachförderung

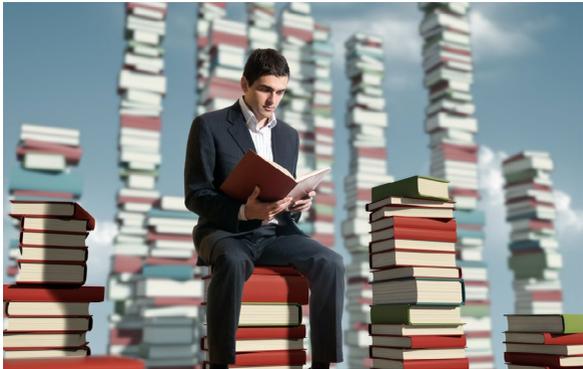
Die Kenntnis der deutschen Sprache, heißt es im Eckpunktepapier, sei „sehr wichtig“, um auf dem hiesigen Arbeits- und Ausbildungsmarkt zu bestehen. Deshalb soll die Sprachförderung im In- und Ausland intensiviert werden. Zu diesem Zweck will die Koalition unter anderem Sprachkurse durch das Goethe-Institut stärker fördern und die berufsbezogene Sprachförderung weiterentwickeln. Darüber hinaus sollen „berufsbildende Kooperationen mit Schulen im Ausland und Ausbildungspartnerschaften“ ausgebaut werden. Damit sollen insbesondere Fachkräfte für die Bereiche Technik, IT sowie Gesundheit und Pflege gewonnen werden.

> Zum Eckpunktepapier.

Deutschland fehlen die Fachkräfte

Angebot und Nachfrage nach Fachkräften klaffen in Deutschland immer weiter auseinander. Laut Schätzungen des Forschungsinstituts Prognos könnten bis 2030 drei Millionen Fachkräfte fehlen. Für das Jahr 2040 errechneten die Forscher einen Mangel von 3,3 Millionen Fachkräften. Der Mangel an Fachkräften sei ein Kernproblem der deutschen Wirtschaft, das das künftige Wirtschaftswachstum erheblich bremsen könnte. Als Grund für die wachsende Fachkräftelücke sieht Prognos vor allem die Überalterung der Gesellschaft.





Wohnort entscheidet

Ob sich Menschen in Deutschland weiterbilden oder nicht, hängt laut einer Studie der Bertelsmann Stiftung häufig von ihrem Wohnort ab. Während in Baden-Württemberg mehr als 15 Prozent der Menschen angaben, an mindestens einer Weiterbildung im Jahr teilzunehmen, waren es im Saarland nur knapp acht Prozent. Auch in Berlin, Bremen und Nordrhein-Westfalen bildeten sich mit zehn Prozent vergleichsweise wenige Menschen fort.

Der Studie zufolge unterscheiden sich die Werte auch innerhalb der Bundesländer stark. Beispielsweise hätten in Landsberg am Lech in Bayern 23 Prozent der Menschen Weiterbildungsangebote wahrgenommen, im ebenfalls bayerischen Schwabach jedoch nur gut drei Prozent. Im Auswertungszeitraum 2015 absolvierten 12,2 Prozent aller Menschen über 25 mindestens eine allgemeine oder berufliche Weiterbildung.

[> Mehr Infos.](#)

Mehr ältere Beschäftigte

In fast allen Mitgliedsländern der Europäischen Union arbeiten mehr Menschen bis zum Rentenalter als noch im Jahr 2005. Das zeigt eine von der Hans-Böckler-Stiftung geförderte Studie. Besonders stark habe die Erwerbstätigenquote bei den 55- bis 64-Jährigen in Deutschland zugenommen. Sie sei bei Männern um rund 20, bei den Frauen sogar um 26 Prozentpunkte gestiegen. Insgesamt hätten in der Bundesrepublik 2016 knapp 69 Prozent der Älteren gearbeitet. Auch in den Niederlanden, Italien, Österreich und Polen habe der Anteil der Beschäftigten deutlich zugenommen.

Trotzdem sei die Erwerbstätigenquote der über 55-Jährigen in allen EU-Ländern wesentlich niedriger als die der Jüngeren. Die Differenz reiche von rund zehn Prozentpunkten in Schweden bis zu mindestens 30 Prozentpunkten in vielen osteuropäischen Ländern sowie in Frankreich, Österreich, Belgien und Luxemburg.

[> Mehr Infos.](#)



§ NACHTARBEIT

Der Nachtarbeitszuschlag beträgt üblicherweise mindestens 25 Prozent auf den Brutto-Stundenlohn oder die entsprechende Zahl freier Tage. Ein Arbeitgeber kann diesen Zuschlag nur reduzieren, wenn die Belastung durch die Nachtarbeit im Vergleich zum Üblichen geringer ist, weil beispielsweise in diese Zeit Arbeitsbereitschaft fällt. Für das Landesarbeitsgericht (LAG) Mecklenburg-Vorpommern lag diese Voraussetzung im folgenden Fall nicht vor. Geklagt hatte eine Altenpflegerin, die seit über 20 Jahren für einen privaten Pflegedienst im Schichtdienst arbeitet. Der Pflegedienst zahlte ihr für den Nachtdienst einen Zuschlag von etwa zehn Prozent des Bruttolohns. Diese Höhe fand er angemessenen, da die Nachtarbeit seiner Ansicht nach vor allem durch Bereitschaftszeiten mit geringerer Belastung geprägt sei. Die Richter des LAG waren gegenteiliger Auffassung. Die Pflegerin sei als allein Verantwortliche stets besonderer Verantwortung und einem besonderen physischen Druck ausgesetzt. Daher sei eine Reduzierung des üblichen Nachtarbeitszuschlags von 25 Prozent nicht gerechtfertigt gewesen.

LAG M-V, Az.: 3 Sa 226/17



Diabetes: Neue Themenseite klärt umfassend auf

Wie kann ich mit Diabetes leben? Ist die Krankheit gefährlich? Und bedeutet Diabetes, dass ich lebenslang Medikamente einnehmen muss? Fragen wie diese beschäftigen viele Menschen, die an Diabetes erkrankt sind. Eine neue Themenseite der AOK gibt Betroffenen wie Angehörigen Antworten und Hilfestellungen.

In Deutschland leben aktuell mehr als sechs Millionen Menschen mit Diabetes. Die meisten von ihnen leiden an Diabetes mellitus Typ 2. Für ein gutes Leben mit der Erkrankung unterstützt die AOK ihre Versicherten mit einem breiten Leistungs- und Serviceangebot. Herzstück ist das entscheidende Disease-Management-Programm „AOK-Curaplan“.



Das strukturierte Behandlungsprogramm bietet die Gesundheitskasse sowohl für Patienten mit Diabetes mellitus Typ 1 als auch für Typ-2-Diabetiker an. Damit Diabetiker wie auch ihre Angehörigen von Anfang an über die „Zuckerkrankheit“ informiert sind, erfahren sie auf der neuen Themenseite „Diabetes“, was die Diagnose bedeutet und wie Betroffene selbst aktiv für ihre Gesundheit eintreten können. Weitere Themenseiten auf aok.de widmen sich den Krankheitsbildern Demenz und Depression sowie Fragen rund um das Thema Pflege.

> Themenseite Diabetes.

> Themenseite Demenz.

> Themenseite Pflege organisieren.

> Themenseite Praxisratgeber Pflege.

INTERESSANTE LINKS

Kurs halten beim Morbi-RSA.

> www.aok-bv.de

Was tun gegen teure Pillen?

> www.wido.de



FRAGE – ANTWORT

In welchem Bundesland gibt es laut Bertelsmann Stiftung die meisten Fortbildungs-Teilnehmer?

> Hier antworten ...

Die Gewinner werden von der KomPart informiert. Wir verwenden Ihre Daten ausschließlich für die Auslosung des Gewinnspiels. Ihre Daten werden danach vernichtet. Informationen zum Datenschutz finden Sie im Impressum.

GEWINNEN* SIE EINEN 50-EURO-SCHEIN!

Zugestellt per Post.

Einsendeschluss: 19. Oktober 2018

Gewinnerin des letzten Preisrätsels:

Heike Wimmer, 37081 Göttingen

* Die Gewinne sind gesponsert und stammen nicht aus Beitragseinnahmen.

> Impressum

Herausgeber:

AOK-Bundesverband GbR

Redaktion und Grafik:

KomPart Verlagsgesellschaft mbH & Co. KG
10178 Berlin, Rosenthaler Str. 31

> www.kompart.de

Verantwortlich: Werner Mahlau

Redaktion: Thomas Hommel, Katleen Krause

Grafik: Robinson Zufüga

Fotos: S.1: iStock_pixelfit, S.2.: Onixprj, S.3, L: Sekulicn, M: D_Keine, R: iStockphoto_ILU, S.4: Peopleimages/iStock.

Informationen zum Datenschutz finden Sie hier:

www.aok-original.de/datenschutz.html

